

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16
Wusterhausen Str. 15 (Redakteur C. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Druckspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.
mit wöchentl. Beilage, Die Sanitätswarte 6 Mk.

Wieviel braucht eine Arbeiterfamilie zum Lebensunterhalt?



Wichtig ist es, bei dem kolossalen Wettlauf zwischen Lebensmittelpreissteigerung und Erhöhung der Löhne zu untersuchen, ob beide miteinander in gleicher Reihe bleiben oder die eine oder andere Partei einen Vorsprung erhält, so daß sich der Lebensstand des Arbeiters verschiebt. Wertvolle Unterlagen bieten nun die Berechnungen Dr. Kuczynski's (siehe „Gewerkschaft“ Nr. 5) und ein Vergleich der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel von 1914 bis 1919 im Vergleich mit der Steigerung der Löhne im gleichen Zeitraum.

Nieht man aus den Berechnungen Dr. Kuczynski's die Schlüsselfern, so ergibt sich, daß eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern, um notdürftig leben zu können, ausgeben muß für

	wöchentlich	jährlich
Ernährung	97,80 Mk.	5 085,60 Mk.
Wohnung	15, —	780, —
Heizung	8, —	416, —
Beleuchtung	4,50	234, —
Wäsche	49, —	2 518, —
Sonstiges (Fahrtgeld, Steuern, Beiträge, Wäschereimig. usw.)	43,56	2 265,12
Zusammen	217,86 Mk.	11 328,72 Mk.

Großstadtverhältnisse zugrunde gelegt, wird jedermann zugeben müssen, daß damit nur die bescheidensten Ansprüche an die Lebenshaltung erfüllt werden können. Daß die Löhne aber trotz dauernder Aufbesserungen an dieses Existenzminimum bei weitem nicht heranreichen (höchstens bei den bestbezahlten Spezialarbeitern), weiß jeder Arbeiter.

Interessant ist aber, was höhere Staatsbeamte als Existenzminimum für den Arbeiter ansehen, wenn das ihren eigenen Interessen dient. In einer Eingabe um Gehaltserhöhungen an das Reichsfinanzministerium unterm 31. Dezember 1919, die auch sonst beachtenswert ist, heißt es u. a.:

„Wer von den höheren Beamten kein außerdienstliches Einkommen besitzt, ist schon heute der größten Not ausgesetzt. Daß diese nach außen hin noch nicht trotz in die Erscheinung getreten ist, liegt nur daran, daß alle Ausgaben vermieden wurden, die sich wohl haben aufschieben lassen, aber für die Dauer gar nicht zu umgehen sind. Wer aber Vermögen hat, war schon während des letzten Jahres gezwungen, ihm erhebliche Zuschüsse für seinen Lebensunterhalt entnehmen zu müssen. Durch die in Aussicht stehenden hohen Ausgaben und Steuern verschlechtert sich die Lage weiter derart, daß eine Verarmung und Verelendung der höheren Beamtenschaft unausbleiblich ist.“

Der Erläuterung halber sei das Dienst Einkommen eines verheirateten jungen Finanzrats mit einem nicht schulpflichtigen Kind den hauptsächlichsten Ausgaben gegenübergestellt:

A. Jährliche Einnahmen:	
Gehalt	4200 Mk.
Wohnungsgeldzuschuß	920 „
Klasse III Ortsklasse B Feuerungs- zulagen (S.R.W. 19 S. 285)	2640 „
Zusammen	7760 Mk.
7760 Mk.	
B. Jährliche Ausgaben:	
Verpflegung	7200 Mk.
Kleidung	6200 „
Wäscheinstandhaltung und Reinigung	480 „
Miete (1 Zimmer)	1500 „
Heizung	700 „
Beleuchtung	360 „
Sieuern rund	600 „
Hausarzt	100 „
Ratharzt	150 „
Versicherungsbeiträge	300 „
Reinemachfrau (einmal wöchentlich 6 Mk. bei Verzicht auf jegliche sonstige Bedienung	288 „
Laufende kleine Ausgaben	120 „
Zusammen	18 168 Mk.
18 168 Mk.	
Schuldbetrag 10 408 Mk.	

Erläuterung zu B.
Kleidung (nicht handesgemäß, sondern dem Maßstabe einer Arbeiterfamilie entsprechend).

Mann:	
1 Anzug	1200 Mk.
1 Paar Schuhe	200 „
Schuhbesohlen, 2 Monate 1 Paar, je 36 Mk.	200 „
Mantel, ein Drittel	400 „
1 Hut	80 „
Wäsche: 2 Hemden, 1 Unterhose, 3 Paar Strümpfe, 6 Kragen, 3 Taschentücher	850 „
Frau:	
1 Kleid	800 „
1 Paar Schuhe	150 „
Reisohlen	180 „
Mantel, ein Drittel	400 „
Hut	80 „
Wäsche	850 „
Kind:	
1 Kleid	300 „
1 Paar Schuhe	100 „
Reisohlen	100 „
Mantel, ein Drittel	100 „
Hut	50 „
Wäsche	250 „
Zusammen 5200 Mk.	

Rund 10 000 Mk. Ausgaben finden also keinerlei Deckung durch das Dienst Einkommen. Kosten für Hausangehörige sind nicht berücksichtigt, da schon jetzt Frauen ohne Vermögen die auf 1800-2000 Mk. zu bezuschlagenden Kosten für ein Dienstmädchen nicht bestreiten können. Da der Beamte als reiner Verbraucher die

halt,
zur
rger
nten
bis
16.

Um aufgebürdeten Lasten nicht auf a vere abwälzen kann, so bleibt nur, wenn er nicht unter ihnen zusammenbrechen soll, als Abhilfe die Erhöhung des Einkommens übrig. Die Aufbesserung müßte sofort eintreten und sich erstrecken:

1. Auf das Gehalt, für das eine Erhöhung von 200 Proz. (inzwischen sind 150 Proz. Gehaltserhöhung bewilligt. D. R.) für unbedingt erforderlich gehalten wird.

2. auf Anpassung des Wohnungszuschusses an die Preisverhältnisse im Wohnort.

3. für den Fall, daß die Erhöhung des Gehalts zurzeit nicht durchführbar sein sollte, auf Erhöhung der Feuerungszulagen um 150 Proz. als einseitige Notmaßnahme.

Sollte die sofortige Hilfe in dem vorgeschlagenen Umfange nicht eintreten, so würde ein großer Teil der höheren Beamten gezwungen sein, das Ministerium um die Genehmigung zum Suchen eines Nebenverdienstes in den dienstfreien Stunden bitten zu müssen.

Es müßte in diesem Falle in Kauf genommen werden, daß die Nebenbeschäftigung, nur selten der Vorbildung entsprechen und oft eine reine mechanische sein wird, deren Uebernahme das Ansehen der höheren Beamtenschaft schädigt.

In der Weitergabe dieses Besuchs an das Reichsfinanzministerium sagt der Reichsfinanzminister:

Die Ausführungen, welche die höheren Beamten des Landesfinanzamts in Stettin Abt. II in ihrem Euer Erzeugnis durch den Herrn Präsidenten dieses Landesfinanzamts vorgelegten Schreiben vom . . . über die trostlose Lage der höheren Beamten gemacht haben, treffen für die übrigen Orte, insbesondere Berlin, mehr oder weniger zu und müssen in kürzester Zeit bei denjenigen Beamten zum Zusammenbruch führen, die nicht in der Lage sind, aus privaten Mitteln ganz erhebliche Beträge für die notwendige Lebenshaltung zuzuschicken.

Ich darf Euer Erzeugnis darauf aufmerksam machen, daß seit 1. Januar 1920 folgende Steigerungen in den Bedürfnissen der Lebensführung in Berlin eingetreten sind, denen sich die Beamten nicht entziehen können: 1. Mieten infolge Erhöhung der Kohlenpreise um 20—25 Proz. (Zentralheizung). 2. Straßenbahn und Untergrundbahn um 50 Proz. 3. Beleuchtung, Elektrizität 300 Proz., Gas etwa 100 Proz. 4. Brot 50 Proz.

Die Brotpreiserhöhung soll seitens des Arbeiters durch entsprechende Brotzulage abgehört werden. Bezüglich der allgemeinen Preiserhöhung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände seit August 1914 darf ich auf nachstehende Zusammenstellung Bezug nehmen:

Preise für die Bedürfnisse der Lebenshaltung.

	Im Jahre 1914	Im Jahre 1919	Erweiterung von empf.
1 Brot	0,60	2,70	450
1 Pfund Mehl	0,15	0,60	400
1 „ Zucker	0,18	0,78	400
1 Eiter Milch	0,12	0,84	700
1 Pfund Fleisch	0,80	4,75	600
1 „ Kartoffeln	0,02	0,25	1200
1 „ Kartoffel	0,03	0,60	2000
1 „ Weizmehl	0,02	0,25	1250
1 „ Butter	1,40	16,—	1150
1 „ Wurst	1,20	12,— bis 14,—	1000
1 „ Gänsefleisch	0,70 bis 1,—	9,— „ 14,50	1450
1 „ Kaffee	1,60	16,— „ 20,—	1100
1 Anzug	90,— bis 140,—	700,— bis 1000,—	750
1 Paar Stiefel	12,50 bis 24,—	180,— „ 340,—	1500
1 Beföhlung	3,— „ 3,50	28,— „ 85,—	1000
1 Hut	3,— „ 10,—	40,— „ 70,—	900
1 Hemd	3,— „ 9,—	40,— bis 60,—	800
1 cbm Gas	0,14	0,86	700
1 „ Wasser	0,22	0,80	400
1 „ Holz	6,60 bis 7,50	90,— bis 100,—	1400
1 Zentner Kohle	1,20 „ 1,60	10,—	700
1 Kilowattstde elektr. Lichts	0,12	1,—	900

Die Preise für die neben den unzulänglichen rationierten zuzuschickenden Lebensmittel sind noch erheblich höher.

Dieser nicht standesgemäß, sondern nach dem Maßstab einer Arbeiterfamilie lebende Finanzrat mit Frau und einem Kind bedarf jährlich 68M,28 M. mehr als die Arbeiterfamilie mit zwei Kindern. Interessant ist aber wiederum, daß die Kosten für ein Dienstmädchen mit nur 1800—2000 M. angenommen werden. Nach welchem Maßstab hat man wohl da gerechnet?

Das Ganze ergibt die ungeheure Steigerung der Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel um rund 860 Proz. Bei diesem Wertlauf sind die Löhne weit zurückgeblieben. Ein Kolonarbeiter der Berliner Gasanstalten beispielsweise verdiente 1914 56 Pf. Stundenlohn. Heute 2,70 M. Das ist eine Steigerung von nur 510 Prozent. Die Lebenshaltung dieses Arbeiters hat sich also um 407 Proz. oder um ungefähr den sechsten Teil gegen 1914 verschlechtert. Sieht man von einer Prozentrechnung ab, die leicht irreführend wirken kann, so ist das tatsächliche Bild noch viel ungünstiger! Da muß ein Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel geschaffen werden, soll die Verelendung der Arbeiterschaft nicht noch weiter steigen. Solange die Lebensmittelpreise aber nicht sinken, sondern vielmehr noch weiter in die Höhe klettern, bleibt dem Arbeiter nichts weiter übrig, als im Gewerkschaftskampfe mit der Lohnsteigerung nachzukommen. Dringend notwendig wäre es aber, daß endlich mit einer amtlichen Preisfestsetzung nicht nur der Landwirtschaftsartikel, sondern auch der Industrieerzeugnisse begonnen wird, damit nicht jede Lohn-erhöhung zu einem Extraprofit für das Unternehmertum ausgenützt wird und der Geldwert weiter sinkt. Mit Lohn-erhöhungen allein kommen wir der Notlage nicht mehr bei. Es muß baldmöglichst eine Preisregelung auf geglädeter Basis vorgenommen werden.

Die Bedeutung der Revolution für die Entwicklung eines Volkes.

Kollege B. Herzog, Berlin sendet uns folgende beachtenswerten historischen Betrachtungen, die außerordentlich knapp und instruktiv sind, wenn man auch über die Einzelheiten verschieden denken kann. D. R.

Die Entwicklung der Menschheit steht nie still, alles fließt, denn der Ideenreichtum ist unbegrenzt und unerschöpflich. In überragenden Persönlichkeiten gewinnen die Ideen Form und Gestalt und reifen aus dem verdorrten Boden des Massengeistes zur Tat. Doch wohl nicht immer haben diese Großen die unvorhergesehenen Folgen ihrer menschenheitsbeglückenden Tat geahnt. Der Nazarener predigte verzehrende Liebe, jahrhundertlang wurden wehrlose Völker dieser Lehre wegen vor den Altären gemordet. Als die Hammerschläge an der Schlosskirche zu Wittenberg der aufstrebenden Welt den Beginn der geistigen Freiheit verkündeten, ahnte Luther wohl nicht, daß die Bauernschaft aus seinen Ideen die Aphanwendung in materialistischem Sinne ziehen würde, und daß sich Deutschland um diese Ideen ein Menschenalter lang zerfleischen würde. Robespierre hat nicht geahnt, daß sein blutiges Befreiungswerk den günstigen Boden für die Befestigung einer starken Selbstherrschaft geschaffen hat. Doch haben diese unvorhergesehenen Folgen wohl nie vermocht, den Sieg der Ideen gänzlich aufzuhalten.

Jede Revolution gleicht dem Zusammenprall zweier Körper, denn es stoßen zwei Weltanschauungen aufeinander, eine, die das Bestehende verteidigt, und die andere, die alles Bestehende zu zerschlagen und niederzureißen sucht. Da nun instinktives Rechtsgefühl weder das ausschließliche Eigentum der Verteidiger noch der Angreifer ist, gelangen Machtmittel zur Anwendung und Kämpfe sind unvermeidlich. Daraus folgern automatisch weitere Schäden der Revolution. Bei den Kämpfen um Regierungsgebäude, Kasernen, Gefängnisse, Verkehrs- und Nachrichtenmittel werden Menschenleben und materielle Werte vernichtet. Böbel, jeder revolutionären Ideale bar, rotet sich zu Räuberbanden zusammen und versucht, irrefeitet von falschen Vorstellungen über materielle Gleichheitsideale, dieselben unmittelbar in die Tat umzusetzen. Das Rachebedürfnis der Geknechteten ermahnt und wahllos trifft die Regel der Rörder hohe Staatsbeamte, Offiziere, Soldaten als die Mittel des Anrechnungssystems, Hüter der öffentlichen Ordnung und harmlose Bürger. Blut und Tränen sind die traurigsten Begleiterscheinungen der Revolution. Wenn nun die Revolution keine Persönlichkeiten aufweisen kann, die befähigt sind, diesem gefährlichen Treiben Einhalt zu tun, dann erringt die Masse der Straße die Herrschaft, es fliehen die Ideale, an deren Stelle treten Selbstsucht, Habgier, Zügellosigkeit, die Hand herrscht über den Kopf. Eine weitere schädliche Folgeerscheinung der Revolution ist der Terror. Derselbe verwandelt soziale Forderungen ohne weiteres in Erpressung, erfegt die Anwendung

der Gewalt anstatt der Propaganda, der Organisation, des klaren Denkens und umfassenden Handhabung aller rechtlich erlaubten Mittel, er läßt jeden Mittelweg fallen. Der Terror schafft den günstigsten Boden für die Streiks, die vom Proletariat als Druckmittel für politische Forderungen angewandt werden. Die Streiks bedingen eine starke Verminderung der Produktion, das wirtschaftliche Leben verödet, der Verkehr stockt, die Lebensmittelversorgung versagt, Schiffsladungen werden nicht gelöscht, es tritt eine ungeheure Teuerung ein und die Masse des Volkes hungert. Die revolutionäre Taktik der Streiks hat als Wirkung nur die Zerstückelung des wirtschaftlichen Lebens zur Folge.

Doch auch Nutzen bringt die Revolution dem Volke, und bei einer erfolgreichen Revolution muß der Nutzen die vorübergehenden Schäden schnellstens vermissen. Der Erfolg der Revolution erweist erst die Berechtigung derselben und eine erfolgreiche Revolution bedeutet einen ungeheuren Schritt vorwärts auf dem Wege der Menschheitsentwicklung. Eine erfolgreiche Revolution bringt dem Volke Freiheit und Gleichheit auf geistigem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Vorherrschaft und Privilegien einzelner Volksklassen werden beseitigt, und jedem, auch dem ärmsten Menschen, wird die Möglichkeit, die in ihm veranlagten Fähigkeiten durch Erziehung und Schule zur Entfaltung zu bringen, und gleich welcher Herkunft, zu den höchsten öffentlichen Ämtern zu gelangen. Das Volk wählt das Staatsoberhaupt und die gesetzgebende Volksvertretung nach einem geheimen, gleichen und freien Wahlrecht, also das Volk wird nicht von einer Dynastie und einer dieselbe umgebenden Clique des Adels und Kapitalismus regiert, sondern das Volk regiert sich selbst und sichert dadurch dem einzelnen die Menschenrechte, die nicht Privilegien einzelner Klassen sind. In wirtschaftlicher Beziehung soll durch die Revolution dasjenige gestaltet werden, was jeden Menschen zum gleichen gegenüber anderen Menschen macht. Der Arbeiter steht im Wirtschaftsleben als freier Vertragsschließender denen gegenüber, mit denen und für die er produktive Arbeit leistet; in bezug auf Art, Maß und Zeit der Arbeit, Ausnutzung seiner Arbeitskraft entscheidet er mit als mündiger Mensch. Dadurch wird die kapitalistische Vorherrschaft und Ausbeutung der arbeitenden Klassen verhindert. Für solche Erfolge der Revolution ist aber ein aufgeklärter Gemeingeist und umfassende Bildung der breitesten Volksschichten nötig, denn die Massen werden nicht politisch fähig durch Ausspruch des Gesetzes, sondern durch Bildung des Geistes und Charakters. Darum ist eine Volksschule, die eine umfassende Bildung des Volkes möglich macht, unbedingt nötig, um die Erfolge der Revolution festzuhalten und auszubauen, denn wie das geistige Leben eines Volkes, so seine Institutionen. Die Freiheit des Volkes hält gleichen Schritt mit seiner Bildung, denn die Freiheit ist die Tochter der Bildung, und Bildung ist Ordnung. Ein weiterer Nutzen der Revolution ist die Beseitigung der Wehrpflicht, die Einrichtung, die das furchtbare System des Militarismus, dieses Systems der Anarchität, der Gemeinheit, Schamlosigkeit, Grausamkeit und Menschenverachtung erst ermöglicht. Die Beseitigung der Wehrpflicht bedeutet ferner einen Schritt weiter auf dem Wege des Weltfriedens, der Völkerveröhnung, der Brüder-

lichkeit. Auch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und damit die Beseitigung der Geldherrschaft muß eine nützliche Folge der Revolution sein. Wenn auch gegenwärtig dieses alte, sozialistische Problem aus Gründen wirtschaftlicher Not nicht gelöst werden kann, so darf uns dieser Umstand nicht abhalten, wenigstens Schritt für Schritt diesem Ziele entgegenzugehen. Das ist unbedingt notwendig, wenn dem Proletariat das Vertrauen in sozialistische Grundsätze erhalten werden soll.

Härter denn je prallen heute die Gegensätze auseinander, denn ihrer Stärke und Macht bewußt, drängen die Arbeiterbataillone in Massen aus den Tiefen des Lebens hervor, um mit dem Recht der Mehrheit dem politischen und sozialen Sein ihr Gepräge zu geben, und die revolutionäre Tat allein bestimmt auch heute unsere Entwicklung, unser Werden, die Tat allein gibt den Ideen Form und Gestalt. Arbeiten wir an uns, einer am andern, jeder an sich selbst, damit unsere Zeit uns stets zur Tat gerüstet finde.

Der 12. Syndikalistenkongress.

Die Syndikalisten (vor dem Kriege waren sie bekannter unter dem Namen Kolossalisten) hielten vom 27. bis 30. Dezember 1919 in Berlin ihren 12. Kongress ab. Der langjährige Geschäftsführer Kater berichtete, daß sofort nach Kriegsausbruch beide Lagen der Syndikalisten, „Die Einigkeit“ und „Der Pionier“ für die ganze Dauer des Krieges verboten und viele tätige Genossen bis zu zwei Jahren in Schutzhaft genommen wurden. Die Bewegung hätte jahrelang ein unterirdisches Dasein führen müssen. In den Novembertagen 1915 sei in Rheinland-Belgien eine „gewaltige“ syndikalistische Bewegung entstanden. Die Geschäftskommission habe ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, und das neuerkündete Organ „Der Syndikalist“ in die Massen geworfen. Auskunft über die Mitgliederzahl konnte Kater nicht geben. Die anwesenden Delegierten vertraten aber angeblich 112.000 Mitglieder. Gegenüber der Vorzeitzeit, in der die Syndikalisten nicht recht leben konnten, ist das immerhin ein Fortschritt.

Ueber die Prinzipienklärung des Syndikalismus sprach Kater. Er sagte ausdrücklich, daß der Syndikalismus keine Bewegung zur Erziehung der politischen, sondern der wirtschaftlichen Macht sei. Als die Internationale gegründet wurde, sei das ein Versuch gewesen, alle wirtschaftlichen Kampfgruppen zusammenzufassen.

„Sie war nichts anderes als eine große Gewerkschaft ohne parteipolitisches Programm. Die Frage der politischen Parteien brachte die erste Spaltung in die Internationale. Vorher war die Einigkeit faktisch und praktisch in der Internationale vorhanden. Die Spaltung kam, als man den Kongressdelegierten von der Eroberung der Macht in die internationale wirtschaftliche Organisation hineinverdingelt hat. Daraus ist die Lehre zu ziehen, daß nur auf wirtschaftlichem Gebiet Zusammenkünfte zu erzielen haben, nur dadurch kann das kapitalistische System vernichtet werden. Der moderne Syndikalismus ist nichts ande-

Vom Arbeiter zum Astronomen.

„Trotz, wie seine Sonnen kriegten durch des Himmels weiten Plan, wandelt, Bruder, eure Bahn, freudig wie ein Held zum Siegen!“

Dieses Wort sagt Bruno S. Bürgel an den Schluß seiner Selbstbiographie, denn als solche kann man sein Buch: „Vom Arbeiter zum Astronomen“ nur bezeichnen. Bruno Bürgel ist kein Unbekannter, wenigstens denjenigen Arbeitern nicht, die sich nicht nur mit dem beschäftigen, was auf der Erde vorgeht, sondern die auch gern nach „höherem“ trachten. Durch seine volkstümlichen Abhandlungen über mancherlei Dinge und Vorgänge im Universum, einer an sich schon schwierigen Materie, hat Bruno Bürgel sich und seiner Wissenschaft viele Freunde erworben. Und nun erfahren diese aus seiner Feder, daß auch er ein Arbeiter, einer ihresgleichen war. Alle Leiden und Sorgen eines Proletarierlebens durchkostend, hat er sich mit mühsamem Fleiß zu dem durchgerungen, was er jetzt ist: ein bekannter und anerkannter Forscher der Himmelskunde, der Astronomie.

In äußerst armergeister Umgebung hat Bürgel seine Jugend verlebt. Schon früh waren seine Eltern gestorben und so hatte sich ein armes Schuhmacherehepaar des Jungen angenommen. Hier in diesem Kreise lernte er die niederdrückenden sozialen Verhältnisse der Arbeiterklasse erkennen, hier fühlte er am eigenen Erleben, wie sehr dem Arbeiter trotz größter Befähigung der Aufstieg erschwert wird.

Und daß es ihm trotz alledem gelungen ist, zeigt, welche großen geistigen Kräfte in dem jungen Arbeiter schlummerten. Wieviele solcher Geisteskräfte mögen noch immer im Proletariat ruhen, ungekannt und ungeachtet von der öffentlichen Welt, ohne die Möglichkeit, an die Oberfläche zu gelangen?

Mancher Arbeiter, manche Arbeiterin wird in diesem Buche einen Teil des eigenen Lebens, des eigenen Kampfes mit den Widerständen des Arbeiterlebens geschrieben finden. Aber nicht allen wird es gelingen sein oder gelingen, die Rauer zu durchbrechen, die das Privileg der „Gebildeten“ gegen die Arbeiterklasse abschließt oder bisher abgeschlossen hat. Und selbst Bruno Bürgel hat schwer kämpfen müssen. Noch in den letzten Jahren, während seiner Kriegsdienstzeit, hat er erfahren müssen, daß das Wort von der „freien Bahn jedem Lichtigen“ nur Schall und Rauch gewesen ist. Nur nach vielen Bemühungen ist es ihm gelungen, die Stellung zu erreichen, die ihm nach seiner Befähigung viel eher zukam als manchem anderen. Eines aber hat Bürgel bei seinem Aufstieg zu den „höheren Regionen“ leider etwas außer acht gelassen, nämlich die Verbindung mit der „Erde“, mit seinesgleichen aus seinen Jugendjahren, aus seiner Proletarierzeit. Astronomie und Politik sind zwei grundverschiedene Dinge, die sich nicht miteinander verbinden lassen. Und das hätte Bruno Bürgel wissen müssen, daß man das politische Leben nicht durch ein Fernrohr betrachten darf. Viele seiner Freunde aus den Arbeiterkreisen, die ihm auf seinen Fahrten ins Universum gern gefolgt sind, werden ihm auf seinen Wegen in die Politik nicht folgen können.

Trotzdem aber werden die Arbeiter zu ihm stehen und Schulter

res als eine Fortsetzung der revolutionären sozialistischen Internationalen."

Dann ist der grundsätzliche Standpunkt zur Politik gegeben. Er steht also im direkten Gegensatz zu den Sozialpolitikern, die bei den Unabhängigen und Kommunisten stark verbreitet sind. Daß die Syndikalisten auch den Staat verneinen, ist die Konsequenz ihrer Stellung zur Politik.

"In der Frage der Diktatur des Proletariats," sagte Koder, "hat Marx verschiedene Ansichten vertreten. Die Formel hat mit dem Sozialismus nichts zu tun und stammt aus dem Arsenal der Bourgeoisie. Wenn unter Diktatur des Proletariats nichts anderes verstanden wird als Ersetzung der Staatsmaschine durch eine Partei, dann sind die Syndikalisten geschworene Gegner einer solchen Diktatur. Wenn aber darunter verstanden werden soll, daß das Proletariat den bestehenden Massen diktieren will, ihre Privilegien aufzugeben, also nicht mehr eine Diktatur von oben nach unten, sondern Auswirkung der Revolution von unten nach oben, dann sind die Syndikalisten Anhänger der Diktatur des Proletariats."

Das sind böse Viehe für die Anhänger der politischen Rätediktatur. Koder gab dann eine Uebersicht über die Entwicklung der Arbeiterräte:

"Der Rätegedanke ist schon in der alten Internationale vertreten worden. Bereits im Jahre 1868 hat der linke Flügel der Internationale auf dem Pariser Kongreß ein Programm aufgestellt, das den Rätegedanken zum Ausdruck brachte. Auch die Zeichnung 'Arbeiterräte' wurde damals schon in der 'russischen Schweiz' und in Spanien gebraucht. Die Syndikalisten haben zuerst den Gedanken aufgegriffen und zum Ausdruck gebracht. Die Idee wurde in den Hintergrund gedrängt, weil der Gedanke von der Eroberung der politischen Macht in die Masse getragen wurde."

Koder bekannte sich dann zu den revolutionären Betriebsorganisationen und bekämpfte die politischen Parteien, wobei insbesondere die Kommunisten am schlechtesten wegkamen. Vor ihm hatte übrigens Kater schon gesagt, daß der Kampf der politischen Parteien, je weiter sie nach links ständen, immer schmutziger werde. Die K. P. D. scheue vor den gemeinsten Mitteln nicht zurück.

In der Diskussion bekämpfte Krohn Düsseldorf (Kommunist) Koder. "Die Elemente, die dem Sozialismus fernstünden, seien mit der Waffe zur Mitarbeit zu zwingen," erklärte er. Das ist echt kommunistisch. Interessant ist da die Einigungung Koders im Schlußwort:

"Durch Diktatur kann man nicht überzeugen. . . Die Syndikalisten sind grundsätzliche Gegner jeder Gewalt. Die soziale Revolution kann aber auch nicht mit Glanzhandschellen durchgeführt werden. Es ist aber ein großer Unterschied, ob man die Gewalt predigt oder ob man sich durch den Zwang der Verhältnisse der Gewalt als Abwehr bedient. Der Syndikalismus verlangt von jedem einzelnen Persönlichkeitswerte und Verantwortungsgefühl, daß jeder für seine Neben und Taten einsteht und nicht die Massen zu Passiven antreibt, um sich im Augenblick der Gefahr in Sicherheit zu bringen und die Masse bluten zu lassen."

an Schulter mit ihm kämpfen, wenn auch er zu seinen Worten steht, nämlich dafür, . . . daß es gelingt, bessere, edler empfindende, gerechter denkende Menschen zu erziehen! Hier, und nirgend anders, liegt der Angelpunkt für die Zukunft der Welt! Mehr Aufklärung, mehr Bildung, mehr ethische Kultur!

So bleibt trotz manchem diese Biographie doch recht lesenswert. Die verständlichen und teilweise launigen Schilderungen eines Arbeiterlebens sollte jeder lesen, der am Aufstieg des Proletariats interessiert ist. Ein kurzer Abschnitt aus dem Buche mag zeigen, welche Kiesenarbeit und wie diese von einem einfachen Arbeiter geleistet worden ist, ehe das gesteckte Ziel erreicht war. **Willy Sulan.**

Wir lassen hier ein Kapitel des interessanten Buches folgen:
Per aspera ad astra.

(Auf rauhen Wegen zu den Sternen.)

In der blauen Bluse, mit der Blechtanne voll Kaffee unter dem Arm, trabte ich im Winter, wenn die Sterne noch am Himmel standen, über die verschneiten Felder und durch die langen Chaussees von meinem Dorf nach meiner Arbeitsstätte in Berlin. Der Weg war fast anderthalb Stunden lang, und ich lief ihn fünf Jahre lang, Sommer und Winter, weil ich die sechzig Pfennig, die damals eine Arbeiter-Wochenkarte auf der Vorortbahn kostete, sparen wollte, um mir Bücher dafür kaufen zu können.

Die Winter waren damals außerordentlich streng, und ich erinnere mich heute noch, daß ich erbärmlich froh, wenn ich so — bei Sternenschein noch — in der Frühe verschlafen und ohne Ueber-

Das können wir glatt unterschreiben. Leider stehen die Laten der Syndikalisten nicht im Einklang mit diesen schönen Worten. Ist der friedliche Kampf Grundlag der syndikalistischen Zentrale, dann beweist aber Theorie und Praxis in ihrem Lager, daß es mit der Disziplin im syndikalistischen Lager nicht weit her ist. Und doch behauptet Koder an einer anderen Stelle:

"In Deutschland wurde am meisten zentralisiert, und wo blieben die einheitlichen Aktionen? Sie fanden statt, wo die föderalistischen Organisationen die Macht haben."

Das soll doch heißen, daß man dort die Massen eher unter einen Hut bringt, als in unserm zentralistischen Lager.

Eine Prinzpienerklärung im Sinne des Mejerats wurde hierauf angenommen. Außerdem zwei Resolutionen. Die erste ist eine Sympathieerklärung für Sowjet Rußland. Die zweite Resolution wendet sich gegen die Forderung und Erhebung der Steuern. Eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse sei zwar nur möglich durch eine Umstellung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsweise, das Proletariat habe aber den Kampf zur Senkung der Lebensmittelpreise usw. mit allen gegebenen Mitteln der direkten Aktion aufzunehmen.

Hierauf referierte Kater über: "Organischen Auf- und Ausbau der syndikalistischen Bewegung in Deutschland." Auf seinen Antrag erhielt die Gesamtkommission den Namen: "Freie Arbeiter Union Deutschlands (Syndikalisten)". Als Geschäftsführer wurde Kater wiedergewählt, als Majjierer Barwich, als Redakteur Winkler.

Eine angenommene Streikresolution verlangt, daß jede der Geschäftskommission angelichlossene Gewerkschaft einen halben Wochenlohn als Jahresbeitrag für Streikwende erhebt. Falls diese Mittel zur Unterstützung von Streiks nicht ausreichen, sollen vor dem Streik Ertragssteuern erhoben werden. Die Streikunterstützung soll den fünfzähligen Wochenbeitrag pro Tag nicht übersteigen. Weitere Resolutionen verurteilen das Betriebsrätesystem und die Akordarbeit, ferner soll jeder Ortsverein Jugendorganisationen ins Leben rufen, jede Arbeiterbörse soll eine Sozialisationskommission schaffen, zur Gründung einer syndikalistischen Internationale sollen Vorbereitungen getroffen werden. Außerdem wendet sich eine Resolution ausgerechnet der Syndikalisten gegen den Terror der Zentralgewerkschaften.

Zieht man das Fazit dieses Kongresses, so ist zu sagen: Er hat uns nicht davon überzeugt, daß die zentralistische Organisationsform falsch ist. Die großen Erfolge, die die Zentralverbände schon vor dem Kriege hatten, haben diese groß und stark gemacht, während die Syndikalisten nur im Verborgenen blühende Bäume waren. Wenn sie jetzt genossen sind, so sind ihnen die turchbaren Folgen eines 40-jährigen Abendrein noch für uns verlorenen Streiks und die Revolution zu Gute gekommen. Es ihnen diese gute W-junktur bleiben wird, muß noch abgewartet werden. In der Frage der Politik stehen wir nicht, wie die Syndikalisten, auf dem Standpunkt, daß nur der wirtschaftliche Kampf die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus bringt. Es-

zicher über die verschneiten und vereisten Felder stampfte, der großen Chaussee zu, die nach Berlin hineinlief. Ich war damals schon entsetzlich lang und mager wie ein Jagdhund. Eine Kumpfermähne kam hinzu, und früh schon trug ich einen Kneifer. Dies und die Bücher, die ich stets bei mir trug, gaben mir unter der Schär meiner Arbeitskollegen einen etwas merkwürdigen Anstrich, und mehr Bosheit als respektvoll nannten sie mich schon damals "Herr Professor", ein Titel, den mir bisher alle Akademien der Welt vorenthalten, obgleich einmal einige wohlmeinende wissenschaftliche Freunde den Versuch machten, mir für meine Verdienste um die Popularisierung der Wissenschaft diesen Titel, der ja häufig nichts anderes ist als eine Altersverschleierung, zu verschaffen. Ich fürchte aber, ohne alle Titel und Würden in Verbindung mit dem bei Beerdigungen vielgenannten Herzleid in die Grube fahren zu müssen. —

Nach mancherlei kleinen Arbeitsgelegenheiten beschloß ich endlich, in einer Zugspapierfabrik mich dem Stein-Druckgewerbe zu widmen, und ich habe eine Reihe von Jahren mit mehr Eifer als Geschick versucht, diese schöne Kunst zu erlernen und auszuüben. Mein damaliger Meister erklärte zwar nach kurzer Zeit, daß mich eine angeborene, überlebensgroße Dummheit verhindern würde, tief in die Geheimnisse, die er mir beizubringen hatte, einzudringen, aber da ich doch nun endlich einmal bodenständig werden wollte, so blieb ich dabei und habe an meiner Handdruckpresse das mir anderwärts Druckpapier, so gut es ging, farbig gemacht. Vor allem druckte ich jahrelang Schokoladenschachteln für Gerottl und mullerrolle Blumensträuße, die auf Parfümflaschen geklebt zu werden bestimmt waren. Meine Farben stimmten nicht immer mit den Aufschriften "Kai-

Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1919.

Einnahme:	
Bestand	443 420,60 M.
Eintrittsgelder	13 829,25
Mitgliedsbeiträge	1 843 103,54
„Die Gewerkschaft“	556,94
„Frauen-Zeitung“	18,—
Kalender	16,50
Kuverts	56,—
Zinsen	2 745,35
Bauspargebälte Vorkasse der Zillalen	1 037,45
Sonstige Einnahmen	1 929,65
Summe	1 806 713,28 M.

Ausgabe:	
Stellenunterstützung	20 705,98 M.
Gemischtenunterstützung	628,88
Rechtschutz	136,70
Arbeitslosenunterstützung	9 184,95
Krankenunterstützung	71 688,22
Sterbunterstützung	20 021,30
Agitation durch die Hauptkassen	60 656,14 M.
„das Hauptbureau“	795,10
Summe	61 451,24
Rohbewegungen durch die Hauptkassen	45 792,72 M.
„das Hauptbureau“	482,10
Summe	46 274,82
Stellennachweis	1 644,10
Verbandsdag	103 589,76
Teilnahme an Konferenzen	14 619,02
Beitrag an den Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund	11 807,75
„Die Gewerkschaft“	294 519,89
„Frauen-Zeitung“	10 089,64
Unterrichtsstufe und Bildungsmittel	2 491,95
Literatur	320,88
Inventory	5 389,—
Vorkasse an die Zillalen	1 037,45
Für die Vermögensverwaltung	400 000,—
Personliche Verwaltungskosten:	
Gehälter	40 080,13 M.
Sitzungsgelder	410,20
Vericherungsbeträge	2 382,60
Summe	43 772,93
Schuldiige Verwaltungskosten:	
Druckkosten	20 306,78 M.
Bureaukosten	1 971,85
Materialien für die Zillalen	21 566,70
Porto	2 940,47
Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	2 691,42
Summe	49 477,22
Sonstige Ausgaben	143,13
Summe	1 160 566,85 M.

Abchluss:	
Einahme inkl. Bestand	1 806 713,28 M.
Ausgabe	1 160 566,85
Reicht Bestand	645 856,43 M.

Berlin, den 28. Januar 1920.
 G. Ahmann, Hauptkassierer
 Revidiert und für richtig befunden
 Die Revisoren:
 Friedrich Perschke, Bruno Otto, Otto Baum.

Zusammenstellung

der Gesamteinnahme und -ausgabe des Verbandes im 3. Quartal 1919.

Einnahme:	
Einnahme der Zillalen	3 137 508,47 M.
Gierwon an die Hauptkasse	1 356 896,54 verbleib. 1 760 611,93 M.
Einnahme der Hauptkasse	1 806 713,28
Summe	6 299 118,29 M.

Ausgabe:	
Ausgabe der Zillalen	1 953 185,35 M.
Gierwon an die Hauptkasse	1 356 896,54 verbleib. 596 289,81 M.
Ausgabe der Hauptkasse	1 160 566,85
Summe	4 470 648,74 M.

Abchluss:	
Deckungsbeitrag	8 587 325,21 M.
Gesamtausgabe	1 757 145,66
Bestand (Zillal. 1 154 323,12 M., Hauptk. 645 856,43 M.)	1 800 179,55 M.
Dazu in der Vermögensverwaltung des Verbandes	1 771 489,37
Gesamtvermögen	3 571 668,92 M.

Staatsarbeiter

Die landwirtschaftliche Anstalt Hohenheim. Im allgemeinen nimmt man an, daß die staatlichen Betriebe mustergültig in jeder Beziehung wären. Das trifft leider nicht überall zu und die landwirtschaftliche Anstalt Hohenheim macht hier auch keine Ausnahme. Die bis jetzt dort bezahlten Löhne von 1 M. pro Stunde für Vorarbeiter und 90 M. für Kolonnenarbeiter sind in Anbetracht der gegenwärtigen Teuerung mehr als beiseite. An Frauen werden pro Stunde nur 60 Pf. bezahlt, und ein Junge von 16 Jahren bekommt für den ganzen Tag nicht mehr als 1,30 M. Der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eingerichtete Tarifvertragsentwurf, durch welchen die Löhne der Jetztzeit angepaßt werden sollten, fand durchaus keine Beachtung bei der Direktion. Man schüßte dort vor, daß für die Anstalt nur der Landarbeitertarif in Betracht käme. Es wurde zu diesem Zweck auch das Arbeitsministerium angerufen, aber gleichzeitig dabei betont, daß wenn sich das Arbeitsministerium nicht auf ihren Standpunkt stelle, sie trotzdem sich nicht verpflichtet fühlen, den nachgeforderten Tarifvertrag abzuschließen, und zwar aus dem Grunde, weil dies Sache des freien Willens der Kontrahenten wäre. Also: Der Spruch des Arbeitsministeriums wird nur dann anerkannt, wenn er in den Rahmen der Forderungen, andererseits pflegt man darauf, daß ein derartiger Standpunkt auf das Personal erbitternd wirken muß, begreift man anderseits bei der Direktion der Anstalt Hohenheim nicht. Es wohl während der letzten Versammlung des Personals der Direktion die Chren nicht geklungen haben, denn es waren wahrhaftig keine Schmeicheleien, die dort zu hören waren über die Mäßigkeit der Leitung. Die Versammlungen waren auch darüber empört, daß z. B. bei den Abzügen für gelieferte Naturalien, wie Kartoffeln, Obst und dergl., sehr rigoros verfahren wird, so daß bis zu 150 M. auf einmal von dem Monatslohn in Abzug gebracht wurden. Wie soll es ein solcher Arbeiter ermöglichen, die sonstigen Ausgaben der Familie zu bestreiten, wenn er kaum mehr für den ganzen Monat 100 M. zur Verfügung hat. Es dürfte nach der Ansicht des Personals vollständig genügen, wenn für derartige Abzüge ein Viertel des Lohnes beansprucht wird. Am Schluß der nahezu vollständig besuchten Versammlung wurde einstimmig folgende Entsch. erlassen zum Beschluß erhoben:

Die heute, den 21. Januar 1920, stattfindende allgemeine Versammlung des Personals der landwirtschaftlichen Anstalt Hohenheim erklärt: Als wirtschaftliche Vertretung ihrer Interessen betrachten die Versammelten nach wie vor den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Den von der Leitung des Verbandes angenommenen Standpunkt bezüglich ihrer Beziehung als Staatsarbeiter teilen die Versammelten in jeder Beziehung. Die Versammelten lehnen es ausdrücklich ab, die für die landwirtschaftlichen Betriebe getroffenen Tarifvereinbarungen als für sie verbindlich zu betrachten und beauftragen sie dagegen die Verbandsleitung, sein Mittel unverzüglich zu lassen, um den im Auftrag des Personals eingereichten Tarifvertragsentwurf, einschließlich der beantragten Forderungen, als Tarifvertrag zur Durchführung zu bringen. Die Versammelten stellen des weiteren das Verlangen an die Direktion, daß bis zur endgültigen Regelung der Lohnverhältnisse eine einseitige Abschlagszahlung in Höhe von mindestens 60 M. für Vorarbeiter und 50 M. für Ledige ausbezahlt wird. Auf die Gewährung der beantragten Abschlagszahlung in voller Höhe von 500 M. und 100 M. für jedes Kind reflektieren die Versammelten insbesondere. Einen vollständigen Abschlag über erwarten die Versammelten innerhalb drei Tagen. — Die Direktion hat es nun in der Hand, ob der Frieden im Betriebe wieder eintreten soll oder ob der Kriegszustand in Wirkung tritt.

Rus unlerer Bewegung

Hugsburg. In der gut besuchten Generalversammlung unserer Zillale vom 16. Januar wurde der Jahresbericht erstellt. Der Mitgliedsbestand beträgt bei einer Zunahme von 500 zurzeit 1582. Dementsprechend ist auch der Massenbestand und das Kolonnenvermögen gestiegen, letzteres beträgt 6000 M., 17 Kollegen und Kolleginnen sind im Berichtsjahr durch den Tod entfallen, darunter unserer früheren erster Vorsitzender Michael Rapp. An den Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender Hof. Friedrich Maffierer, Z. Schuster, Schriftführer Hof. Adolf und Soldner. Unsere Zillale kann auf schwere Kämpfe, aber auch auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Wir einen Appell an die Kollegen, weiter tatkräftig für die Organisation zu wirken, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Berlin. Der Spruch des Schlichtungsausschusses vom 22. Januar d. J. wurde den Kollegen, für welche der Spruch in Betracht kam, zur Mitteilung unterbreitet. Mit Entsch. derer Mehrheit wurde er als ganz unzureichend abgelehnt. Das Ergebnis war folgende: Maximaler Entsch. 22 000, maximaler 19 500, Abrechnung 20 000, unzulässig 215. Hierin kam: nach dem Abstammungsergebnis der bei der jetzigen Groß Berlin und der Zeitungskollegen-

teilungsstelle G. m. b. H. beschäftigten Kollegen, die zum größten Teil noch dem Transportarbeiterverband angehören. Ihre verkaufte, ist in den vorgenannten Betrieben der Schlichtungspruch einstimmig abgelehnt worden. Die Ablehnung ist nur zu verständlich. Sollte etwa die Arbeiterschaft eine so unverhältnismäßige Teuerung auf den im C. Hoher geschlossenen Tarif nehmen? War es nicht die unbedingte Pflicht der Verwaltungen, durch ausreichende Teuerungsauslagen dafür zu sorgen, daß die schon jetzt das Leben gefährdende Lebensmittel der Arbeiterschaft nicht noch mehr vergrößert werde? Waren sich die Verwaltungen dessen bewußt, so dürfte ein so minimales Geringfügiges zu den Forderungen der Arbeiterschaft nicht erst gemacht werden. Keiner Seite hat diese Daltung Segen gebracht. Zum Zeitaufwand für nutzlose Verhandlungen kommt auch noch die Verbitterung. — Doppelt gibt, wer schnell gibt! — Der Arbeiterschaft wird die Haltung der Verwaltungen geradezu unverständlich bleiben. Der Magistrat Berlin hatte dem Spruch zugestimmt und die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung ersucht. Da aber die durch die Abstimmung der Kollegen erfolgte Ablehnung des Spruches bereits bekannt war, setzte die Stadtverordnetenversammlung einen Ausschuss zur Erlebung dieser Angelegenheit ein. Am Sonnabend, den 31. Januar d. J., nahm die Stadtverordnetenversammlung in außerordentlicher Sitzung Stellung zum Beschluß des Ausschusses. Namens des Ausschusses unterbreitete Stadtverordneter, Kollege Wüntner folgenden Antrag:

„Der Ausschuss billigt den Standpunkt des Magistrats. Die Veranlassung erucht jedoch den Magistrat, da der Schiedspruch von den Arbeitnehmern abgelehnt worden ist, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen erneut in Verhandlungen einzutreten und dazu Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums hinzuzugelien.“

Die bürgerlichen Parteien stellten nun im Plenum noch Zusatzanträge, und der christliche Apostel, Pastor Koch, sprach in so aufreizender Art gegen die Forderung der Arbeiter, die nicht erkennen wollen, daß uns nur Arbeit und noch einmal Arbeit helfen könne, daß unsern Kollegen, welche die Tribüne bis auf den letzten Platz füllten, ganz heiß wurde. Genosse Rosemann (U. S. P.) und unser Kollege Tittmer geißelten das Auftreten dieses Christen nach Gebühr. Nachdem im Schlußwort auch Kollege Wüntner noch eingehend die Anträge der Rechten geprügelt hatte, wurden diese von beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt und hiernach der Ausschuhentwurf angenommen. Wir erwarten nun die sofortige Aufnahme der Verhandlungen und hoffen, daß auf diesem Wege der Krone der Teuerungsauslagen noch zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden kann.

Bernburg. In der Generalversammlung am 22. Januar wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Die Mitgliederzahl ist während des ersten Jahres von 24 auf 354 gestiegen. Der Filialstellenbestand beträgt 1224,54 Mk. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die letzten Verhandlungen mit der Finanzkommission und stellte fest, daß bei den letzten Tarifabschlüssen die niedrigen Lohnsätze überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Es ist bedauerlich, daß gerade der Reiz der Firmen eine Verbesserung ihres Lohnes verweigert. Man braucht sich daher nicht zu wundern, besonders auf sozialistischer Seite, wenn von den Arbeitern neue Forderungen gestellt werden. Dem Vorsitzenden wurde dann Bericht von der Arbeiterkongress in Magdeburg über den kommenden Reichstaxtarif erstattet.

Greifswald. In der Generalversammlung am 14. Januar 1920 gab Kollege Dreweil den Kassenbericht ab. Die Einnahme betrug 24.592 Mk., die Ausgabe 2281,62 Mk., an die Hauptkasse wurden gesandt 6181,21 Mk., Neben in der Filialkasse 892,27 Mk. Die Mitgliederzahl liegt auf 443. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender, Schult I., 2. Vorsitzender, J. Dreweil, Kassierer.

Greifswald. Am 11. und 18. Januar hielten wir die Generalversammlung ab. Den Vorschreiber gab Vorsitzender Kircher. In diesem Jahre ist es gelungen, das ökonomische Personal der Heilanstalt Wenzler unserem Verbande zuzuführen und mit einer Filiale mit 20 Mitgliedern zu gründen. Auch unter den Telegraphenarbeitern wurde einmal gründlich Klärung geschaffen; denn daß von den 107 beschäftigten Arbeitern die zur Institution gehören zählen, nur 19 organisiert waren, dürfte so nicht weiter gehen. In Dellbronn, Pletzeheim, Großbeim, Mühlacker und Halen ist es gelungen, die Mitgliederzahl auf 90 zu steigern. Jedoch auch wurden diese Kollegen Parteiquitt durch Bescheid zum Reichsarbeiterverband unserer Organisation entzogen. Durch den abgeschlossenen Tarifvertrag, sowie durch die tägliche Teuerungsauslagen, die ab 1. Oktober in Kraft traten, konnten infolge der fortgeschrittenen Preissteigerungen die Mitglieder nicht im unmittelbaren aufrechterhalten werden. Nur die in letzter Woche beendete einmalige Teuerungszulage, in der die Arbeiter den Beamten und Unterbeamten gleichgestellt werden sollen, konnte die Mittelbeschaffung einigermaßen befriedigen. Forderungen und Fingalen wurden 12 an die Stadtverwaltung gestellt. Den Jahreskassenbericht gab Kassierer Bauer. Gesamteinnahmen der Filialstelle waren 6270,75 Mk., Gesamtausgaben

3502,32 Mk., mithin bleibt ein Kassenbestand am 1. Januar 1920 von 2768,50 Mk. Der Mitgliederstand war am 1. Januar 1919 118, am 1. Januar 1920 390. Aus den Neuwahlen gingen hervor: als 1. Vorsitzender Kircher, 2. Vorsitzender Berg, Kassierer Bauer, Schriftführer Häußer. Hierauf gab Vorsitzender Kircher den von der Ortsverwaltung ausgearbeiteten Lohnarif für das kommende Jahr bekannt. Er wurde von der Versammlung nahezu einstimmig angenommen.

Limbach i. Sa. In der gut besuchten Generalversammlung am 6. Januar 1920 gab Kollege Paul Schnabel den Kassenbericht vom 4. Quartal 1919. In den Filialvorstand wurden gewählt August Veltz, 1. Vorsitzender, Max Kuttloff, 2. Vorsitzender, Paul Schnabel, 1. Kassierer, Oscar Fiedler, Schriftführer. Beschlossen wurde, eine Kommission an den Stadtrat zu senden, welche vorstellig werden soll wegen Auszahlung eines Teiles der Beschaffungsbeihilfe an die Hilfsarbeiter.

Naun. In der Sitzung der Lohnarifskommission am 22. Januar wurden folgende Teuerungsauslagen bewilligt: für Arbeiter 30 Pf. pro Stunde im Januar, 40 Pf. im Februar, 50 Pf. im März; für Ledige 25 Pf. pro Stunde im Januar, 30 Pf. im Februar, 40 Pf. im März.

Naunburg (West). In der Generalversammlung am 11. Januar wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Gewählt wurden: Kollege Dücker, 1. Vorsitzender, Kollege Linderskamp, 2. Vorsitzender, Kollege Trume, Kassierer, Kollege Brandt, Schriftführer. Unsere Filiale besteht erst seit einem halben Jahre und zählt 90 Mitglieder. Eins aber muß in unserer Filiale noch befestigt werden, das ist die Uneinigkeit. Wo diese herrscht, kann kein Gelingen sein.

Offenbach a. Main. In der Generalversammlung am 23. Januar gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Den Kassenbericht erstattete Kollege Schmecker. Danach beträgt das Vermögen der Filiale 12.126,13 Mk., der Mitgliederbestand 1450, hieraus 474 weibliche. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde der seit herige Vorstand größtenteils wiedergewählt. Zur Lohnbewegung berichtigte Kollege Schmecker: Die geforderte 70proz. Lohnhöhung ist nicht gelungen, 40 Proz. sind bewilligt und auch heute rückwirkend vom 1. Januar 1920 ausgezahlt worden. Am 29. Januar findet eine Sitzung wegen weiterer 20 Proz. rückwirkend vom 1. Januar statt. Sie werden jedenfalls erungen werden. Ueber „Unser Pensionsverhältnis“ sprach Kollege Heilig, daß selbiges jedenfalls im Erststadium aufgenommen wird, dann sind wir Arbeiter und Arbeiterinnen ebenio pensionsberechtigt wie die Beamten und im Alter zufriedenstellend versorgt. In der Diskussion wurde im allgemeinen die Tätigkeit der Ortsverwaltung gewillt. Wegen der jugendlichen Arbeiter, die bei der 40proz. Lohnhöhung leer ausgingen, soll der Ortsbeamte vorstellig werden.

Oschersb. Die Generalversammlung am 11. Januar nahm den Bericht des 1. Vorsitzenden entgegen. Aus dem Bericht des Kassierers Neuhäus war zu erhellen, daß unsere Mitgliederzahl die Höhe von 663 erreicht hat. Das Vermögen der Filialstelle beträgt 1880,85 Mk. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hartmann, 2. Vorsitzender Paetsch, Kassierer Neuhäus, Schriftführer Heinze. Sodann gab Kollege Starke Bericht über die Kartellbildung. Hierauf folgte Vortrag des Vorsitzenden über: „Organisation und Lohnfragen.“

Magdeburg. Die Versammlung am 27. Dezember beschloß die Gründung einer Filiale. In den Vorstand wurden gewählt: Ilfert als 1. Vorsitzender, Richter als Kassierer, Wehnert als Schriftführer. Kollege Preißler gab dann die Bestimmungen des Tarifvertrags bekannt. Zum Schluß teilte er noch mit, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem Arbeiterverband katholischer Gemeinden in Verhandlungen getreten sei, jedoch Erneuerung und Verbesserung des Lohnarifs.

Stuttgart. In der zahlreich besuchten Mitgliederversammlung am 18. Januar wurde nach Entgegennahme verschiedener Mitteilungen der Ortsverwaltung und der Wahl der Tarifverhandlungskommission zu der neuesten Steigerung der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise Stellung genommen. Kollege Engelhardt führte dazu aus: Es bestehe wohl keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß, um einen Ausgleich zwischen dem derzeitigen Einkommen und dem zum Leben notwendigen Existenzminimum zu erreichen, wir genötigt sind erneut mit der Forderung einer Teuerungszulage an die Stadtverwaltung heranzutreten. Eine prozentuale oder einmalige Zulage könne nach gemachten Erfahrungen nicht in Betracht kommen. Es müsse demnach eine fortlaufende — für alle Lohnklassen gleich hohe — tägliche Zulage gefordert werden. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, eine Erhöhung der fortlaufenden Teuerungszulage für sämtliche hiesigen Arbeiterinnen und Arbeiter von täglich 10 Mk. ab 1. Januar 1920, sowie die Gleichstellung der Kinderzulage mit der den hiesigen Beamten gewährten zu fordern und die Filialleitung beauftragt, diesen Antrag unerbittlich der Stadtverwaltung zu unterbreiten. Eine vorgenommene Kassenammlung für die notleidenden Gewerkschaftsangehörigen Deutschsösterreichs ergab die Summe von 858 Mk.

Swinemünde. In der Generalversammlung am 10. Januar gab Kollege Hupp den Jahresbericht. Am Jahreschluss konnten wir 74 Mitglieder buchen. Der Kassenbericht schloß mit einer Gesamtentnahme von 1402,75 Mk., einer Gesamtausgabe von 1250,17 Mk. und einem Filialkassenbestand von 152,58 Mk. ab. Die Vorstandswohnen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Kollege Hupp, 2. Vorsitzender Krüger, Kassierer: Jannke, Bericht Schriftführer. Neben die gegenwärtige Zeichnung referierte hierauf Stadtm. Heintländer (S. P. D.).

Wiesbaden. Unsere am 16. Januar stattgefundene Versammlung war von über 1000 Mitgliedern besucht. Kollege Karl Schmidt gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Einnahmen betragen 13117,25 Mk., die Ausgaben 6439,30 Mk., mithin bleibt ein Bestand von 7677,95 Mk. Am Schluss des letzten Quartals 1919 hatte unsere Filiale einen Mitgliederbestand von 1915. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Böllker zum Kassierer Kollege Schmidt und zum Schriftführer Kollege Budde gewählt. Mit den gegenwärtigen Lohnverhältnissen erklärte sich die Versammlung ungenügend und es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche eine Erhöhung der Löhne und Zeichnungszulagen um 100 Proz. fordert.

Wittenberg. In der gutbesuchten Generalversammlung vom 16. Januar gab Kollege Wude den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl stieg im Jahr 1919 von 16 auf 200. Kollege Köhnen gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 914,55 Mk., der Hauptkasse 1410,65 Mk. Ausgabe für die Hauptkasse 19,45 Mk. An die Hauptkasse wurden 1391,20 Mk. abgeliefert. Die Ausgabe der Lokalfasse beträgt 506,75 Mk., der Bestand 608,10 Mk. Anschließend wurde die Entschädigung für die Verwaltung festgestellt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab W. u. d. e., 1. Vorsitzender, Buchheim 2. Vorsitzender, Köhnen, Kassierer, Krüger, Schriftführer, Kollege Krüger gab den Kassenbericht, daraus geht hervor, daß die Beiträge von 80 Pf. auf 1,00 Mk. pro Mitglied und Jahr erhöht wurden. Für die Deutschstreicherei wurden vom Gewerkschaftskassen 200 Mk. bewilligt. Zur Errichtung einer Arbeiterpresse sind 1000 Mk. bewilligt. Dafür sollen Antikaffee gekauft werden. Antikaffee wurden den Deutschstreichern 30 Mk. aus der Lokalfasse bewilligt. Die Entschädigung für Unterkassierer wurde auf 8 Proz. festgestellt.

Wismar. In der Generalversammlung am 8. Januar erstattete der Kassierer Schmidt den Kassenbericht vom 1. Quartal 1919. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 1482,33 Mk., die der Lokalfasse 1487,36 Mk. An Unterstützungen sind zu Lasten der Hauptkasse 100 Mk. für Kleiderunterstützung und 75 Mk. für Krankenunterstützung gezahlt. Aus der Lokalfasse sind für Unterstützungen insgesamt 231 Mk. verausgabt worden, hiervon entfallen für die Kleiderunterstützung 210 Mk. Die gesamten Ausgaben der Lokalfasse betragen 609,65 Mk., so daß der Kassenbestand am Jahresabschluss 878,31 Mk. betrug. Am Ende des 3. Quartals betrug die Mitgliederzahl 210, am 31. Dezember dagegen 219. Sodann gab der Vorsitzende Vorkmann den Jahresbericht. Der letzte Jahresabschluss setzte die Löhne wie folgt fest. Für gelehrte Arbeiter 2,20 Mk., für ungelernete Arbeiter 2 Mk. für die Stunde. Bei den Unverheirateten vermindert sich der Lohn pro Stunde um 10 Pf. Diese Lohnsätze haben Gültigkeit bis zum 31. März 1920. Unzulänglich hatten wir dem Rat den Antrag unterbreitet, an städtische städtischen Arbeiter eine einmalige Beschäftigungsbeihilfe zu zahlen, unser Antrag ist jedoch von der Stadtverwaltung abgelehnt, wir glauben aber doch, daß hierüber noch nicht das letzte Wort geredet ist. Der Resultat der Verhandlung war folgender: Ernst Vorkmann, 1. Vorsitzender, Bernhard Saufflower, 2. Vorsitzender, Wilhelm Schulz, Kassierer, Hans Kahl, Schriftführer. Da die Stadtverwaltung einer Beschäftigungsbeihilfe für die städtischen Arbeiter ablehnend gegenübersteht, entsann sich hierüber eine rage Aussprache, an der sich auch Kollege Bobl beteiligte. Er unterstützte den Vorschlag des Vorstandes, von der Beschäftigungsbeihilfe Abstand zu nehmen, dafür aber ab 1. Januar die Zeichnungszulage um 60 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Ein Antrag wurde angenommen.

Witten. Die Adresse des Vorsitzenden ist Otto Kränzel, Kassenstr. 16, II. Der Kassierer Emil Brodeus wohnt Kettbahnstr. 8. Dessen Geschäftsstunden sind Sonntag abends im Sommer von 5-7 Uhr abends, im Winter von 6-8 Uhr abends, Sonntag von 9-11 Uhr mittags.

Landstraßenwärter

Witten (Krb.). In der Versammlung der Kreisstraßenwärter aus dem Kreise Verburg am 25. Januar wurde eine Sektion „Kreisstraßenwärter“ des Kreises Verburg im Anschluß an die Filiale Verburg gebildet. Zum Vorsitzenden der Sektion wurde Kollege Adermann einstimmig gewählt. Bis auf weiteres finden die Versammlungen der Sektion in G. A. H. statt. Zum Schluss erstattete Kollege Adermann Bericht von der Konferenz der Kreisstraßenwärter in Magdeburg.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Adam Neumann. Der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Adam Neumann, ist am 27. Januar in einem Hamburger Gasthause einem Herzschlage erlegen. Der Verstorbene hat nur ein Alter von 62 Jahren erreicht. Um seine Organistion hat sich Neumann hervorragende Verdienste erworben. Er war ein guter Redner und tüchtiger Organisator. Seiner überragenden Fähigkeiten wegen wurde ihm, der vorher als Sekretär im Verbandsvorstand wirkte, im Sommer 1919 die Leitung des Verbandes übertragen, an Stelle von Theodor Reipart, der an die Spitze des württembergischen Arbeiterministeriums berufen worden war.

Ein außerordentlicher Verbandstag des freien Bergarbeiterverbandes tagte vom 24. bis 26. Januar in Bochum, um zur Frage des Sechsstundentages Stellung zu nehmen. Abgeordneter Dine führte dazu in seinem einleitenden Referat aus, daß die Sechstundensicht in der Hauptsache von der Verleumdung der gewerkschaftlich rückständigen Meviere gefordert werden. Ueber die Notwendigkeit der Sechstundensicht besteht kein Streit. Wie sind für die Sechstundensicht, die Verbandsleitung, wie auch sämtliche Angestellte des Verbandes. Der diesjährige Verbandstag hat den Verband auf die internationale Einführung der Sechstundensicht festgelegt, dafür stimmte damals auch die Opposition. Deshalb triffe die Opposition der Vorwurf, daß sie die Beschlüsse des Verbandstages über den Ganten werfen will. Auch die Vertreter hätten sich auf diesen Boden der internationalen Einführung eingelassen. Im Reichstag erklärte der Arbeitsminister Schilde, daß eine paritätische Kommission für diese Frage eingesetzt und Verhandlungen über eine internationale Einführung der Sechstundensicht eingeleitet seien. Die Sechstundensicht ist auf dem Marsche. Das Unglück der Bergarbeiter ist es aber, daß diese rein wirtschaftliche Frage durch eine ungeschickte Opposition zu einer politischen gemacht wurde. Durch diese Aktion ist das Unternehmertum förmlich zusammengebrochen. Dieses ist jetzt stärker als je zuvor organisiert. Der technisch wirtschaftliche Erfolg einer unmittelbaren Einführung der Sechstundensicht ist nicht die Befreiung der Arbeiter, sondern eine Verschärfung derselben. Diese Frage geht auch nicht bloß das Ruhrgebiet an, sondern auch die übrigen Meviere. Die Leistung der Bergarbeiter habe nahezu den Friedenszustand wieder erreicht. Angesichts der schiefen Ernährung sei eine Leistungssteigerung pro Arbeiterstunde ganz ausgeschlossen. Die Verführung der Sechstunde um eine Stunde ergäbe allen für das Ruhrgebiet monatlich 675.000 Tonne und für ganz Deutschland etwa 1 1/2 Millionen Tonne. Diese Verluste könne unter anderem nicht ertragen. Es geht nicht bloß an den Kohlenmarkt, sondern auch die Produktion, sondern ganze Industrie liegen still. Die Kohlewerte, die Eisen und Düngemittel, die Arbeiter leben unter dieser ungeschickten Aktion. Die Lebensmittelversorgung in Ruon in Weltverhältnis gegen. Umverteilung der Arbeiter sind dadurch arbeitslos, alle fänden noch Arbeit. Der Verband wäre noch niemals überlebend angesehelt, wenn es sich um Meinung von Reichstagen handelte. Heute kommen Will einen Reichstagen in Frage, die es zu retten gilt. Bei der handigen Erhöhung der Löhne komme man angesichts des sinkenden Kalorienwertes aus dem Grund nicht heraus. Nur eine Steigerung der Warenproduktion bringt uns vorwärts. Wenn Weizen, keine Warenproduktion oder Produktion kann uns helfen, sondern nur Produktion. Wir haben uns durch den Friedensvertrag zu Kolonialleistungen an die Entente verpflichten müssen. Wir haben Holland in einem Kreditkollapsen nicht zugest. Wir brauchen also mehr Arbeit als früher. Der Bergarbeiterverband sei nicht von der Regierung abhängig, er sei aber dem Volksganzen verantwortlich. Eine Last wie die Durchführung der Sechstundensicht müße der Verband vor dem Volk verantworten, und der Verband könne eine solche Verantwortung für die jeweilige Einführung der verkürzten Arbeitszeit nicht übernehmen. Die Arbeiter sei volle Arbeit zu leisten. Wir können die Vermehrung des Volkes nicht im Stich lassen, wir müssen ihnen helfen, die Not zu überwinden. Neumann als Korrespondent über den Vorwurf zurück, daß die Bergarbeiter die Schuld an der Kohlennot treffen. Schuld sei vielmehr der Krieg, Wüstererhöhung und Arbeitslosigkeit die Leistungen verabschiedet. Außerdem die Tarifpolitik sei enorm gestiegen. Arbeiter werden von der Sechstundensichtmission seien bei einer einfachen Grundbesicherung bereits nach 2 Stunden zusammengesunken. Die verkürzte Arbeitszeit sei nicht schuld an der Kohlennot. Es sei mehr gefordert als abgefordert und verteilt werden konnte. Die Salamisitzung könne nur durch die Sechstundensicht behoben werden. Jetzt können nur 2 Fördererarbeiten und 1 Reparaturarbeit verfahren werden, so daß 3 Tagestunden ganz verloren gehen. Bei der Sechstundensicht aber können 3 Förderer- und 1 Reparaturarbeit gemacht werden, und die Arbeitsleistung werde gesteigert. — In der Debatte wurde u. a. auch auf den Kohlenmangel in den Schulen, Krankenhäusern, Wäschern, in den Heimen und andere öffentliche Einrichtungen hingewiesen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die grundsätzlich für die Sechstundensicht eintritt. Die Frage muß

aber international geregelt werden. Eine internationale Vergewerkschaft wird sich damit beschäftigen. Die Resolution schließt: „Die Gewerkschaften fordern die Verhandlungsmitglieder in allen Revisionen auf, sich geschlossen hinter den Beschluß der Generalversammlung zu stellen und mit feister Entschlossenheit allen Versuchen, diesen Beschluß zu durchkreuzen, entgegenzutreten.“ In einer weiteren Resolution wird bessere Bezahlung der Arbeiter und gerechtere Verteilung des Umlaubs verlangt. — Hierauf referierte Abg. Osterroth über das „Betriebsrätegesetz“. Er hob die Mängel des Gesetzes hervor. Es sei aber Sache der Arbeiter, das Gesetz so brauchbar wie möglich zu machen. Eine dementsprechende Resolution wurde angenommen.

• Internationale Rundschau •

Von der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington, die im November 1919 tagte, einen Bericht zu bringen, war bisher nicht möglich, weil bekanntlich Deutschland dort nicht vertreten und dem Ausland brauchbares Material nicht zu erhalten war. Nunmehr bringt das „Korrespondenzblatt“ in Nr. 4 einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Konferenz hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Anwendung des Grundgesetzes des Achtstundentages oder der 48 Stundenwoche; 2. Fragen in bezug auf die Mittel zur Verbindung der Arbeitslosigkeit und zur Verringerung ihrer Folgen; 3. Beschäftigung von Frauen; 4. Beschäftigung von Kindern; 5. Ausdehnung und Anwendung der in Bern 1906 angenommenen internationalen Vereinbarungen über das Verbot der Nachtarbeit der in der Industrie beschäftigten Frauen und über das Verbot der Verwendung des weißen (gelben) Phosphors in der Zündholzindustrie. — An der Internationalen Konferenz zu Washington nahmen 96 Länder teil. Versenden erreichten die Nachrichten, die hier in der Presse verbreitet wurden, daß die Vereinigten Staaten selbst der Arbeitskonferenz große Schwierigkeiten bereiteten. Der Widerstand amerikanischerseits geht auf den dortigen Gewerkschaftsverband zurück, der von der Teilnahme an der Konferenz über Wirkungen in bezug auf die Position der amerikanischen Arbeiter und auf ihre Löhne befürchtete. Auch die amerikanischen Arbeitgeber waren gegen die Konferenz, von der sie eine Entmündigung in ihre heimischen Arbeitsverhältnisse fürchteten und die vor allem den Achtstundentag bekämpften. Selbst der Kongreß der Vereinigten Staaten hatte die Beschickung der Konferenz vor der Unterzeichnung des Friedens als unangenehm bezeichnet. Nach einem Senatsbeschlusse sollten die Vereinigten Staaten auch dem Arbeitsabkommen im Friedensvertrag nicht beitreten. Das alles hinderte nicht, daß der amerikanische Gewerkschaftsverband sich schließlich inoffiziell durch Comper vertreten ließ. — Die Verhandlungen in Washington wurden teils in Kommissionen, teils in der Gesamtkonferenz geführt. Sie ergaben folgende Beschlüsse: 1. Die Arbeitszeit in der Industrie soll nicht mehr als 8 Stunden am Tage und 48 Stunden in der Woche betragen. Sind die Stunden an einem Tage weniger als 8, so kann an anderen Tagen diese Grenze überschritten werden. Es darf aber an diesen Tagen nicht länger als 9 Stunden gearbeitet werden. In Schichtarbeit kann die Grenze überschritten werden, daß die durchschnittliche Stundenanzahl für eine Periode von drei Wochen nicht 56 Stunden pro Woche übersteigt. In Japan ist die Grenze für Arbeiter über 15 Jahre, 57 Stunden und in der Seidenindustrie 60 Stunden, und in Indien für Verwerks, und bestimmte Eisenbahnarbeiter 60 Stunden. In Griechenland und Rumänien finden diese Bestimmungen die 1924 keine Anwendung. 2. Kinder unter 14 Jahren dürfen in der Industrie nicht beschäftigt werden. In Japan und in Indien sind Kinder unter 12 Jahren in gewissen Industriezweigen ausgeschlossen. 3. Jedes Land soll freie Arbeitsvermittlungskomitee mit einrichten und vierteljährliche Mitteilungen an das Internationale Arbeitsamt gelangen lassen. 4. Frauen dürfen in der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens nicht beschäftigt werden. 5. Personen unter 18 Jahren dürfen in der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens nicht beschäftigt werden. Für Japan ist diese Altersgrenze bis 1925 auf 15 Jahre, für Indien auf 14 Jahre festgesetzt. 6. Frauen dürfen sechs Wochen nach ihrer Rückkunft nicht beschäftigt werden und haben das Recht, sechs Wochen vor der Rückkunft die Arbeit zu verlassen. Für die Zeit ihrer Arbeitsruhe soll der Staat sie versorgen. — Das Internationale Arbeitsamt soll mit dem Sekretariat des Völkerbundes verbunden werden und seinen Sitz vorläufig in London nehmen. Als Direktor des Arbeitsamtes ist Albert Thomas (Paris) vorgeschlagen. Dem Arbeitsamt wird ein Verwaltungsrat beigegeben, der aus 12 Regierungs-, 6 Arbeitnehmer- und 6 Arbeitgebervertretern besteht. Von den Regierungen werden Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Deutschland, die Schweiz, Spanien, Polen und Dänemark sowie Kanada und Argentinien darin vertreten sein. Die sechs Arbeitnehmervertreter entsenden auf Frankreich, England, Niederlande, Schweden, Deutschland und Kanada, die sechs Arbeitgebervertreter auf England, Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Kanada. Die Vereinigten Staaten sind derzeit nicht beteiligt; sie werden bis zu ihrem Beitritt durch Dänemark bzw. Kanada vertreten. Als Ar-

beitervertreter für Deutschland ist Genosse Carl Legien berufen worden. — Die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz geben in einem einzigen Punkte über den in Deutschland erzielten Arbeiterschutz hinaus. Es betrifft dies das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre. Außerdem muß die vierteljährliche Wiederherstellung der Arbeitsnachweise an das Internationale Arbeitsamt erst durchgeführt werden. Dagegen bleiben diese Beschlüsse in mehr als einem Punkte hinter den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Leeds, Bern und Amsterdam zurück. Dies gilt vor allem für die Fragen der Arbeiterversicherung, die in Washington anscheinend überhaupt nicht verhandelt worden sind. Auch der Schutz der in gesundheitsgefährlichen Industrien beschäftigten Arbeiter ist ganz übersehen worden, ebenso die Gewerbeaufsicht. In bezug auf den Geltungsbereich des Arbeiterschutzes ist zu bemerken, daß die Washingtoner Beschlüsse sich nur auf die Industrie erstrecken, das Handelsgewerbe, die Landwirtschaft und sonstige Erwerbsgruppen also außer acht lassen. Auch über die Durchführung der Beschlüsse ist noch nichts Bestimmtes entschieden worden. Es erhebt sich die Frage, ob die Konferenz nur ihre Beschlüsse den Landesregierungen zur Durchführung empfiehlt oder ob sie diese in Form einer internationalen Vereinbarung zur Anerkennung zu bringen bestrebt ist. Beides ist nach dem Friedensvertrag zulässig. Wie dem auch sei, so steht jedenfalls fest, daß die deutsche Gesetzgebung durch diese Beschlüsse nur wenig berührt wird. Es bedarf nur einer geringfügigen Erweiterung des Jugendschutzes, und den internationalen Wünschen wäre genügt. Deutschland bleibt nach wie vor in der ersten Reihe der Arbeiterschützenden der Welt. Immerhin bringen diese Beschlüsse den Vorteil, daß, wenn sie energisch durchgeführt werden, die anderen Länder in der Sozialpolitik Deutschland nicht mehr viel nachhinken, sondern mit uns in eine Reihe kommen.

Die Gewerkschaften im Räte-Rußland. Wie die „Krasnoje Snamija“ („Rote Fackel“) berichtet, waren auf dem in Moskau stattgefundenen Gewerkschaftskongreß 3 500 000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, und zwar: 711 000 Textilarbeiter, 400 000 Lederarbeiter, 225 000 Bureau- und Handelsangestellte, 200 000 Seelense, 200 000 Schneider, 150 000 Arbeiter der Lebensmittelindustrie, 140 000 Bauarbeiter, 100 000 Post- und Telegraphenarbeiter, 100 000 Arbeiter der Zuckerindustrie, 80 000 Arbeiter der gemischten Industrie, 73 000 Transportarbeiter, 70 000 Holzarbeiter, 70 000 Bauangestellte, 60 000 Pflanzarbeiter, 50 000 Privatbeamte, 50 000 Feuerwehrlente, 50 000 Gastwirtschaftlichen, 30 000 Arbeiter der Petrochemieindustrie, 30 000 Tabakarbeiter, 24 000 Glas- und Porzellanarbeiter, 11 000 Drucker- und Apothekergehilfen und 5000 Palastarbeiter. Die Gewerkschaften sind nicht in Perus, sondern in Industrieerwerbsbände gegliedert.

• Rundschau •

Soll der selbst! Kein Zweifel in Deutschland gehen wir am Beginn einer neuen Wirtschaftsperiode, sofern gewisse Voraussetzungen ausreichende Beachtung finden. Vorbereitung ist diese neue Wirtschaftperiode in der langjährigen Arbeit zur Organisierung der Massen derer, die da mehr oder weniger von der Teilnahme an allem Guten und Schönen ausgeschlossen waren. Die wirtschaftlichen Zustände während der Kriegs- und Nachkriegszeit zeigen dann aller Welt die Notwendigkeit der Abkehr von einer Wirtschaftsweise ins Gesicht, bei der der einzelne wohl zum Reichtum gelangen konnte, die Masse des Volkes aber darbt. Noch wissen wir ja nicht, ob die Gegenwartswirtschaft Übergangszustand zu besseren Verhältnissen ist, ob wir nicht im allgemeinen Durcheinander zugrunde gehen. Wollen wir aus tiefstem Elend zu wenn auch bescheidenem, doch lebenswertem Leben gelangen, so heißt das jene Kräfte zu benutzen, die im Volke schlummern, die sich seit alter Zeit als Widerkräften gegen wirtschaftliches Unrecht bemerkbar machten. Die neue Wirtschaft, die da werden will, wird eine Gemeinschaftswirtschaft sein, gerichtet auf die immer möglichste Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen ohne das Wohlergehen der Gesamtheit kein wirtschaftliches Auskommen des einzelnen. Schon im Begriffe ist eingeschlossen die Verpfändung des einzelnen in der Derbeibringung des Gemeinwohlens kein persönliches Wohl zu sichern. Also beginnt die neue Wirtschaftsperiode, die vom starken Pfeiler der Gemeinnützigkeit getragen werden soll, mit der Arbeit des einzelnen Menschen an dieser Gemeinnützigkeit. Das alles ist schon so oft gesagt worden, es hat aber noch lange nicht allgemein davon geführt, die unabweisbaren Verpflichtungen des einzelnen zu erkennen zu lassen, daß die Tat einigt, wo doch das Wort, die Klage über wirtschaftliches Elend eine Besserung nicht herbeiführt. Es ist ja auch bequemer, von anderen, vom Staat, seinen Nachbarn etwas zu fordern, was selbst zu leisten jeder einzelne verpflichtet ist. Staat und Gesetzgebung können einer Wirtschaftsweise wider die Wege ebnen. Den Inhalt aber empfängt diese Wirtschaftsweise immer nur von der Arbeit einzelner Menschen und durch die Arbeit von Reichtumsgruppen, gerichtet auf ein gemeinschaftliches Ziel. Das bedeutet, daß Schicksale in einem Umfang erleiden muß, ausreichend, die neue Wirtschaftsweise zu tragen.

Warum aber nur das langsame Tempo im Aufbau der Selbsthilfe? Warum die Trägheit der Mühseligen dort, wo sich ihnen die Möglichkeit zur Selbsthilfe bietet? Was soll das Kammerä über Ausbeutung, wenn du die Hände in den Schoß legst, nicht selbst handelst, diesen Zustand gründlich und endgültig zu beseitigen? Wähne doch nicht, daß du Entkräfteter auf jene Hilfe etwas reichlich hochmütig verzichten darfst, weil dir diese Hilfe nicht in drei Tagen werden kann. Die kurzfristige Ermüdung der genossenschaftlichen Selbsthilfe ist nicht mehr am Plage. Die Genossenschaftsarbeit der Verbraucher ist eine Wirtschaft und ihr hat jeder zu dienen, der weiter leben will und der wünscht, daß ein ganzes Volk nicht zugrunde gehe.

Arbeitsfreude und Produktion. Wie die Arbeitsfreude die Produktion zu heben vermag, das beweist uns deutlich ein Beispiel, das der „Sozialen Praxis“ von den Rüstfabrik-Industriewerken in Gelm in der Raft berichtet wird. Bei den Anstandsbedingungen an Güterwagen werden durch eine Kommission, die aus einem Vertreter der Firma, einem Vertrauensmann der Arbeiter und einem Abnahmeverantworten der Eisenbahnverwaltung zusammengesetzt ist, die zu behebenden Beschädigungen der Eisenbahnwagen festgestellt und die dafür nötigen Zeithunden auf Grund von Erfahrungssätzen und mit einer mittleren Leistung ermittelt. Wird die Arbeit schneller vollbracht, dann wird der Zeitgewinn in ersparte Zeithöhen umgerechnet und verteilt. So ist die Arbeitsfreude des Arbeiters gehoben und hat zur Folge, daß die Produktion in den genannten Werkstätten sich um 100 Proz. gehoben hat. Welche Leistungen vermag das Wirtschaftsleben da nach der allgemeinen Sozialisierung zu vollbringen, wenn der Mensch mit seiner ganzen Seele bei der Arbeit ist.

Zur Behebung der Wohnungsnot. Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung verabschiedete eine Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot, die den Wohnungskommissaren die Befugnis gibt, Grundstücke für Wohnungszwecke gegen Entschädigung zu enteignen. Als Vermittlungsmittel soll nicht mehr der langwierige Weg des ordentlichen Gerichtsverfahrens eingeschlagen, sondern lokale Verwaltungen sollen hierbei zur Entscheidung angerufen werden. Die Verordnung enthält weiter Bestimmungen gegen den Schleißhandel mit Kaufstoffen und gibt den Wohnungskommissaren das Recht, Bezüge und andere Kaufstoffe zur Wiederaufnahme des Verkehrs anzuhalten. Ferner genehmigte der Ausschuß die Verlängerung der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsverpflichtungen.

• **Verbandsteil** •

Wir weisen darauf hin, daß Vorstandsvorstand und Verbandsauschuß seinerzeit beschlossen haben, daß die Militärdienstzeit bei Berechnung der Höhe der Unterstützung in Krankheits-, Arbeitslosen- und Sterbefällen nicht in Anrechnung zu bringen ist. Ebenso kann bei Uebertritten aus anderen Verbänden eine Anrechnung nicht erfolgen. Die **Rassenverwaltung**.

• **Briefkasten** •

Zur gest. Beachtung! Wegen Raummangels mußten verschiedene Notizen „Aus unserer Bewegung“ zurückgestellt werden.

Obwohl schon wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß Zuschriften an die Redaktion nur auf einer Seite und mit Tinte zu beschreiben sind, häufen sich die Fälle immer mehr, wo das Papier auf beiden Seiten und mit Bleistift beschrieben ist. Beides erschwert den Redaktions- und Satzbetrieb erheblich. Wir bitten nun allen Ernstes die Schriftführer und sonstigen Funktionäre, bei allen Einsendungen nur eine Seite zu beschreiben und Tinte zu benutzen. Die Redaktion.

D. S. Sittan. Berichte über Vereinsfestlichkeiten, Wintervergnügen usw. können in der „Gewerkschaft“ nicht gebracht werden.

==== **Filiale Würzburg** ====

Ortsbeamten. sucht zum sofortigen Eintritt, spätestens jedoch bis zum 1. März 1920 einen

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft in schriftlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassengeschäfte befähigt sein. Dem Bewerber schreiben ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen.

Bewerbungschriften mit Gehaltsforderungen sind sofort, spätestens aber bis 15. Februar 1920 an das Bureau des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Würzburg, Schweinfurter Straße 4, einzureichen.

==== **Filiale Groß-Berlin** ====

Die Geschäftsstände der Ortsverwaltung werden am Donnerstag, den 5. Februar d. J., nach der Johannisstr. 15 III, verlegt. Aus Anlaß des Umzuges bleibt die Kasse am Donnerstag, den 5. Februar, die übrigen Geschäftsstände am Donnerstag, den 5. und Freitag, den 6. Februar geschlossen.

==== **Filiale Groß-Berlin** ====

sucht zum baldigen Eintritt

mehrere Ortsbeamte.

Bewerber müssen in schriftlichen Arbeiten gewandt und rednerisch befähigt sein. Der definitive Einstellung geht eine dreimonatige Probezeit voraus. Dem Bewerber schreiben ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen. Erwünscht ist die Angabe bisheriger Tätigkeit in der Organisation. Bei den Einstellungen soll möglichst eine Vorprüfung durchgeführt werden. Bewerbungen sind bis spätestens Freitag, den 13. Februar, an die Ortsverwaltung Berlin, Johannisstraße 15, einzureichen.

==== **Filiale Darmstadt** ====

sucht zum baldigen Eintritt einen

Ortsbeamten.

Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft, in schriftlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassengeschäfte befähigt sein.

Dem Bewerber schreiben ist ein kurzer Lebenslauf sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des Mainberger Verbandstages.

Die Beschlüsse sind mit dem Bemerkt „Bewerbung“ bis zum 25. Februar 1920 an den Vorsitzenden der Anstellungskommission, Konrad Köhler, Darmstadt, Fuhrmannstr. 3, einzureichen.

==== **Totenliste des Verbandes.** ====

Hyronimus Adam, Berlin Stadtl. Gasanstalt † 11. 1. 1920, 54 Jahre alt.	Karl Peter, Königsberg i. Pr. Stadtl. Gasanstalt † 4. 1. 1920, 64 Jahre alt.
Johann Adler, Breslau Arbeiter † 9. 1. 1920, 59 Jahre alt.	Ellisabeth Pfeiffer, Breslau Arbeiterin † 24. 11. 1919, 49 Jahre alt.
Friedrich Blacera, Cottbus Kaufmann † 24. 1. 1920, 69 Jahre alt.	Michael Rauch, Nürnberg Arbeiter † 20. 1. 1920, 49 Jahre alt.
Richard Bolle, Berlin Arbeiter † 24. 12. 1919, 42 Jahre alt.	Friedrich Schöffler, Berlin Kaufmann † 21. 1. 1920.
Ernst Daum, Breslau Arbeiter † 26. 1. 1920, 67 Jahre alt.	Franz Schide, Schöneberg Gasgesellschaft † 16. 1. 1920, 67 Jahre alt.
Oskar Goldschmidt, Lichtenberg Arbeiter † 13. 1. 1920, 21 Jahre alt.	Wilhelm Schimming, Bremen Arbeiter † 11. 1. 1920, 65 Jahre alt.
Karl Granitzki, Königsberg i. Pr. Stadtl. Gasanstalt † 11. 1. 1920, 64 Jahre alt.	Theodor Schröder, Bremen Arbeiter † 5. 1. 1920, 71 Jahre alt.
Karl Gräbke, Stettin Arbeiter † 13. 1. 1920, 54 Jahre alt.	F. E. M. Schubert, Chemnitz Stadtl. Gasanstalt † 11. 1. 1920, 67 Jahre alt.
Fritz Fagen, Lebe Arbeiter † 11. 1. 1920, 52 Jahre alt.	Willy Schulz, Stettin Arbeiter † 11. 1. 1920, 18 Jahre alt.
Andreas Hein, Schöneberg † 31. 12. 1919.	Paul Volk, Mannheim Brennerei † 21. 1. 1920, 71 Jahre alt.
Paul Katzeck, Bremen Arbeiter † 9. 1. 1920, 56 Jahre alt.	Wilhelm Wäbrlich, Breslau Gasgesellschaft † 26. 1. 1920, 34 Jahre alt.
Karl Krebs, Berlin Paradenstraße Tempelhofer Feld † 24. 1. 1920.	Rudolf Zerbe, Lichtenberg † 18. 1. 1920, 67 Jahre alt.
Robert Cüdemann, Berlin Bureau für Rüststoffe † 19. 12. 1919, 65 Jahre alt.	Hermann Gärtner, Bremen am 2. Oktober 1918 im Alter von 37 Jahren gefallen.
Rugulit Neumann, Stettin Arbeiter † 14. 1. 1920, 61 Jahre alt.	Otto Willert, Berlin am 30. Oktober 1916 im Alter von 31 Jahren gefallen.
Karl Rieglisch, Gutfenicht Zinnarbeiter † 15. 1. 1920, 55 Jahre alt.	Hermann Wobmann, Berlin am 21. April 1915 im Alter von 32 Jahren gefallen.
Ernst Ohl, Gardelegen † 16. 1. 1920, 72 Jahre alt.	

Gehre ihrem Andenken